

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Lothar Czayka

Konsumbelebung oder Arbeitszeitverkürzung

11. Jg./1978

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heißbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Konsumbelebung oder Arbeitszeitverkürzung

Lothar Czayka

Zunächst werden die verschiedenen Konzepte zur Erklärung und Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik skizziert und kritisch beleuchtet.

Während die neoklassische Argumentation des Sachverständigenrats empirisch äußerst schwach fundiert ist, bieten die marxistisch orientierten System-Kritiker keine überzeugenden Alternativen an. Prinzipiell akzeptabel erscheinen die Rezepte der Arbeitszeitverkürzung und der keynesianischen Beschäftigungspolitik.

Unter den Annahmen, daß die These von der allgemein gestiegenen Freizeit-Präferenz zumindest gegenwärtig noch nicht zutrifft und der gegenwärtige Spielraum für eine Erhöhung der Staatsausgaben relativ klein ist, wird für eine Politik plädiert, die dem privaten Konsum wieder bessere Entfaltungsmöglichkeiten schafft.

## Gliederung

1. Die verschiedenen Konzepte zur Erklärung und Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik
  - 1.1 Die These der ‚überhöhten‘ Lohnkosten
  - 1.2 Die Sättigungsthese
  - 1.3 Die These der konjunkturellen Nachfrageschwäche
  - 1.4 Die These der strukturellen Instabilität marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme
2. Möglichkeiten einer Stärkung der privaten Konsumgüter-Nachfrage

### 1. Die verschiedenen Konzepte zur Erklärung und Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

Die öffentliche Diskussion über die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wird im wesentlichen von vier Positionen beherrscht, die ich zunächst skizzieren und kritisch beleuchten möchte.

#### 1.1 Die These der ‚überhöhten‘ Lohnkosten

Diese These, deren prominentester Vertreter der Sachverständigenrat ist, besteht in der Behauptung, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit zu einem guten Teil vor allem auf einer *unzureichenden privaten Investitionstätigkeit* beruhe, die ihrerseits hauptsächlich auf ‚überhöhte‘ *Lohnkosten* zurückzuführen sei. Als Rezept wird dementsprechend in erster Linie eine künftig ‚zurückhaltende‘ *Lohnpolitik* empfohlen.<sup>1)</sup>

Die theoretische Begründung für dieses Rezept lautet etwa folgendermaßen: Durch eine ‚zurückhaltende‘ *Lohnpolitik*

würde *erstens* der Anstieg des Preisniveaus zumindest gedämpft, wodurch die reale Konsumgüter-Nachfrage über einen ‚Realwert-Effekt‘ zumindest stabilisiert würde, und *zweitens* würden durch die Kosten-Entlastung zusätzliche Produktionsmöglichkeiten rentabel, wodurch die Investitionstätigkeit wieder angeregt würde. Zusammen mit flankierenden staatlichen Maßnahmen<sup>2)</sup> könne die Arbeitslosigkeit auf diese Weise – ohne erneute Inflationsgefahr – mittelfristig abgebaut werden.

Zu dieser neoklassischen Argumentation ist zunächst kritisch anzumerken, daß sie nur knapp an einem *logischen Defekt* vorbeisteuert. Denn von einer Kosten-Entlastung bei Konstanz oder sogar Verringerung der ‚realen Kaufkraft des verfügbaren Einkommens‘<sup>3)</sup> und bei unausgelasteten Kapazitäten kann man nur dann auf eine *Erweiterung* der rentablen Investitionsmöglichkeiten schließen, wenn man zusätzlich annimmt, daß die Unternehmer zumindest in bestimmten Richtungen hinreichend *positive Absatzerwartungen* haben. Die dürftige Begründung des Sachverständigenrats für diese in der gegenwärtigen Situation zweifelhafte Annahme lautet: „In einer noch nicht von chronischer Stagnation bedrohten Wirtschaft sind Investitionschancen latent immer vorhanden. Man kann darauf setzen, daß sie genutzt werden.“<sup>4)</sup> Auf der Basis der Rentabilitätshypothese müßte eine ‚zurückhaltende‘ Lohnpolitik *unbedingt* durch eine Politik *ergänzt* werden, die die Bildung positiver Absatzerwartungen fördert. Sich dabei vor allem auf einen ‚Realwert-Effekt‘ zu verlassen, erscheint mir ziemlich riskant, weil die Pigou-Hypothese zumindest beim gegenwärtigen Stand der Forschung als *äußerst spekulativ* betrachtet werden muß.<sup>5)</sup> <sup>6)</sup> Für den sehr wahrscheinlichen Fall des Mißerfolgs einer Politik auf der Grundlage der Empfehlungen des Sachverständigenrats bietet allerdings das unpräzise Prädikat ‚zurückhaltend‘ eine gute Immunisierungsmöglichkeit.

#### 1.2 Die Sättigungsthese

Diese These, die u.a. auch in der gewerkschaftlichen Konzeption eine Rolle zu spielen scheint, besteht in der Behauptung, daß das gegenwärtige Beschäftigungsproblem langfristiger Natur und vor allem auf eine zunehmende Diskrepanz zwischen einer auf Sättigungstendenzen beruhenden *säkularen Nachfrageschwäche* einerseits und einer auf Grund des technischen Fortschritts ständig *steigenden Arbeitsproduktivität* andererseits zurückzuführen sei.<sup>7)</sup> Das einzig erfolgversprechende Rezept zur Überwindung der Beschäftigungspro-

<sup>1)</sup> Siehe: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Gutachten 1977/78 (SVR-Gutachten 1977/78).

<sup>2)</sup> Es handelt sich vor allem um staatliche Maßnahmen zur Förderung der Anpassung an binnenstrukturelle und außenwirtschaftliche Veränderungen und zur Stärkung der Ertragslage der Unternehmen von der Kosten-Seite her.

<sup>3)</sup> SVR-Gutachten 1977/78, S. 141: „Worauf es letztlich ankommt: Schon bei einer Senkung oder Mindersteigerung des Preisniveaus, die gerade ausreicht, die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zu erhalten, kann sich die Verbesserung der Rentabilitätschancen, die den Unternehmen aus der Kostensenkung verbleibt, ohne jede temporäre Verunsicherung der Absatzerwartungen auswirken. – Nur wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus hinter diesem Maß zurückbleibt, ist es allein die Nachfrage nach Investitionsgütern, von der die Expansion kommen muß.“

<sup>4)</sup> SVR-Gutachten 1977/78, S. 141, Abschn. 301.

<sup>5)</sup> Siehe etwa: Leijonhufvud, A., Über Keynes und den Keynesianismus, Köln 1973, S. 35 u. S. 238 ff.; Münnich, F. E., Einführung in die empirische Makroökonomik, Berlin 1977, S. 315/316.

<sup>6)</sup> Darüberhinaus kann auch die vorgelagerte Hypothese über den Lohn-Preis-Zusammenhang nicht vorbehaltlos akzeptiert werden.

<sup>7)</sup> Siehe etwa: Föppl, Ch., Die Vollbeschäftigungsformel, Frankfurt/M., 1978; SVR-Gutachten 1977/78, S. 186 ff.

bleme sei *infolgedessen: Arbeitszeitverkürzung*. Kontrovers sind dabei allerdings die Ansichten in Bezug auf die Frage des Lohnausgleichs und bezüglich der Art der Arbeitszeitverkürzung.

Diese Position enthält zwar auch ein *spekulatives Element* – nämlich die generelle Sättigungsbehauptung<sup>8)</sup> –, aber sie ist logisch einwandfrei.

Eine etwas andere Version der Sättigungsthese geht nicht in erster Linie von der Annahme einer allgemeinen Sättigung im Hinblick auf materielle Güter und Dienstleistungen und einer schlechthin gestiegenen Freizeit-Präferenz, sondern vor allem von einer Sättigung im Hinblick auf die *gegenwärtige* Struktur des Güter- und Dienstleistungsangebots aus.<sup>9)</sup> Das geeignete Rezept zur Überwindung der Beschäftigungsprobleme sei infolgedessen vor allem eine *Umstrukturierung des Sozialprodukts* entsprechend den veränderten Bedürfnissen.<sup>10)</sup>

Auch diese These ist logisch einwandfrei, aber empirisch außerordentlich *schwer überprüfbar*.

Während man die These von der gestiegenen Freizeit-Präferenz durch m.E. nicht allzu riskante Realexperimente – etwa durch die Einführung einer im Rahmen der technisch-organisatorischen Möglichkeiten individuell frei wählbaren Arbeitszeit und einer entsprechenden Einkommensdifferenzierung – prinzipiell überprüfen könnte, dürfte eine empirische Überprüfung der zweiten Version der Sättigungsthese auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen.<sup>11)</sup>

### 1.3 Die These der konjunkturellen Nachfrageschwäche

Die Vertreter dieser These, zu denen auch ich gehöre, sehen die Ursachen für die gegenwärtige Beschäftigungskrise weniger in 'überhöhten' Lohnkosten, allgemeinen Sättigungstendenzen oder strukturellen Disproportionalitäten als vielmehr in einer überzogenen *Anti-Inflationspolitik*, einer allgemeinen Verunsicherung insbesondere der Konsumenten – sowohl durch den Ausbruch der Krise als auch durch Faktoren wie z.B. den sogenannten 'Ölschock' oder die Diskussion um die Rentenfinanzen – und die damit zusammenhängende, zeitweise beträchtliche *Zunahme der Spartätigkeit*.<sup>12)</sup> Einen weiteren Faktor sehe ich persönlich auch in der seit Jahren betriebenen *Konsumkritik* und der öffentlichen Dramatisierung von tatsächlichen oder eingebildeten Zukunftsproblemen aller Art.

Das generelle keynesianische Rezept zur Überwindung von konjunktureller Arbeitslosigkeit<sup>13)</sup> besteht bekanntlich vor

<sup>8)</sup> Zur Kritik der Sättigungsthese siehe: SVR-Gutachten 1977/78, S. 130 ff.; Pohl, R., Die Gefahr wächst, daß wir uns an die Mißerfolge gewöhnen, in: Frankfurter Rundschau vom 18.5.77.

<sup>9)</sup> Siehe etwa: Strümpel, B., Sind die Weisen überfordert?, in: Wirtschaftsdienst 1/1978, Zinn, K. G., Wieder zehn Jahre Massenarbeitslosigkeit?, in: Vorgänge 4/1977.

<sup>10)</sup> Die Richtungen der behaupteten Bedürfnis-Verschiebungen werden allerdings nur vage angedeutet: mehr Dienstleistungen, mehr öffentliche Leistungen, mehr Umweltschutz. Die theoretische Grundlage bilden die Spekulationen über die sogenannte 'post-indu-strielle Gesellschaft', die mehr normativ-pädagogischen als empirisch-hypothetischen Charakter haben.

<sup>11)</sup> Wollte man sich dabei nicht auf äußerst zweifelhafte Methoden einer nicht-marktmäßigen Bedürfnisermittlung verlassen, müßten außerordentlich aufwendige und riskante Realexperimente durchgeführt werden.

<sup>12)</sup> Siehe etwa: Pohl, R., a.a.O.

<sup>13)</sup> Zum Versuch einer quantitativen Abschätzung der konjunktur-bedingten Arbeitslosigkeit siehe: SVR-Gutachten 1977/78, S. 65.

<sup>14)</sup> Das zentrale Konzept der 'Linkskynesianer' ist bekanntlich eine nivellierende Einkommensumverteilung, die u.a. durch eine 'expansive Lohnpolitik' erreicht werden soll.

<sup>15)</sup> Entgegen dem antizyklischen Prinzip ist die Staatsverschuldung bereits in den Zeiten der Hochkonjunktur relativ weit vorangetrieben worden.

<sup>16)</sup> Hier haben die Keynesianer ihre Immunisierungsmöglichkeit.

<sup>17)</sup> Siehe etwa: Bauch, H., u.a., Die Wirtschaftskrise in der BRD, in: Leviathan 2/1977; Uherek, E., u.a., Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1977; Zinn, K. G., a.a.O.

<sup>18)</sup> Kurzfristig empfehlen die Vertreter dieser These eine 'links-keynesianische' Politik, insbesondere eine 'sozial-orientierte' Erhöhung der Staatsausgaben.

allein in einer Politik *der Nachfragesteigerung*. Kontrovers ist dabei allerdings, welche Nachfrage-Komponenten gesteigert und welche Mittel angewandt werden sollen. Hinsichtlich dieser Fragen und auch hinsichtlich der langfristigen Perspektiven scheiden sich die Geister in 'Linkskynesianer'<sup>14)</sup> und 'konservative' Keynesianer.

Die z.T. sicher stichhaltigen traditionellen *Einwände* gegen keynesianische Beschäftigungspolitik – Förderung der Inflation, Behinderung der privaten Investitionstätigkeit, wachsender Staatsanteil, Verunstetigung der Finanzpolitik, nur kurzfristiges Krisen-Management u.s.w. – sind hinlänglich bekannt. Relativ neu ist dagegen das Argument, daß sich keynesianische Beschäftigungspolitik bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Krise als *unwirksam* erwiesen habe. Die Bundesregierung habe schließlich eine ganze Reihe von Konjunktur-Programmen nach keynesianischem Rezept aufgelegt, ohne daß die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang zurückgegangen sei. Dagegen kann man allerdings u.a. einwenden, daß diese Programme – unter der 'magischen' Doppelzielsetzung: Vollbeschäftigung und Preisstabilität – zu einem guten Teil nur auf eine Kosten-Entlastung der Unternehmen und eine behutsam-indirekte Nachfragesstimulierung abzielten und insofern wohl Ausfluß eines keynesianisch-neoklassischen *Kompromisses* waren. Fernerhin könnte man einwenden, daß sie – möglicherweise angesichts einer bereits relativ hohen Staatsverschuldung<sup>15)</sup> und der Cassandra-Rufe der Opposition – 'unterdimensioniert'<sup>16)</sup> waren. Natürlich enthält auch die Keynessche Theorie *spekulative Elemente*. Aber auf dem Hintergrund der historischen Erfahrungen und der Ergebnisse der empirischen Wirtschaftsforschung würde ich im Hinblick auf das Ziel einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, das ja letzten Endes auch von den Neoklassikern angestrebt wird, immer noch eher auf Einkommens- als auf Preiseffekte setzen, zumal die wettbewerbstheoretischen Voraussetzungen für eine hohe Flexibilität des Preissystems in der Realität kaum gegeben sind.

Im übrigen ist das instrumentelle Potential der Keynesschen Theorie noch keineswegs erschöpft, d.h., man muß bei 'keynesianischer Beschäftigungspolitik' nicht unbedingt nur an Erhöhung der Staatsausgaben, expansive Lohnpolitik und Inflation denken.

### 1.4 Die These der strukturellen Instabilität marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme

Diese These, die von marxistisch orientierten Ökonomen vertreten wird, besteht in der Behauptung, daß die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme in den westlichen Ländern als Ausfluß einer prinzipiellen Instabilität marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme auf Grund des '*privat-dezentralen*' Charakters des *Akkumulations- und Verteilungsprozesses* zu betrachten seien und daß diese Instabilität nur durch eine *Systemänderung* zu überwinden sei.<sup>17)</sup> <sup>18)</sup> Der erste Teil dieser Behauptung ist durchaus ernst zu nehmen. Denn erstens ist es ein Faktum, daß die Organisation unserer Wirtschaft immer noch vorwiegend 'privat-dezentralen' Charakter hat, und zweitens sind Zweifel an der Vorstellung einer *perfekten* Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs in solchen Systemen mittels Preismechanismus und Globalsteuerung – angesichts der historischen Erfahrungen – durchaus angebracht.

Allerdings sollte man sich vergegenwärtigen, wie die *System-Alternativen* aussehen.

Die in den sozialistischen Ländern *realisierten* System-Alternativen mögen zwar den Vorzug haben, daß sie *Beschäfti-*

gungsprobleme – von einigen Ausnahmen abgesehen<sup>19)</sup> – bisher kaum entstehen ließen. Der Preis dafür besteht jedoch in einer erheblichen *Beschränkung der individuellen Freiheits-spielräume* und einer – im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Systemen – wesentlich *geringeren Produktivität*. Fernerhin gibt es auch in diesen Ländern strukturelle Probleme und das *Inflationsphänomen*.<sup>20)</sup>

Die von den System-Kritikern angebotenen alternativen *System-Entwürfe* dagegen<sup>21)</sup> können bestenfalls als *szientistisch-naiv* betrachtet werden.<sup>22)</sup>

Auf diesem Hintergrund bilden die unserem gegenwärtigen System zweifellos anhaftenden Instabilitäten jedenfalls für mich noch keinen hinreichenden Anlaß, eine prinzipielle System-Änderung zu propagieren.

## 2. Möglichkeiten einer Stärkung der privaten Konsumgüter-Nachfrage

Wenn man davon ausgeht, daß das Konzept des Sachverständigenrats empirisch außerordentlich schwach fundiert und in Bezug auf die Nachfrageseite zumindest ergänzungsbedürftig ist und die System-Kritiker andererseits keine überzeugenden Alternativen anbieten, bleiben zur dringend notwendigen Bekämpfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit – neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – nur die Konzepte der *Arbeitszeitverkürzung* und der *keynesianischen Beschäftigungspolitik*.

Da ich des weiteren der Meinung bin, daß die These von der allgemein gestiegenen Freizeit-Präferenz zumindest gegenwärtig noch nicht zutrifft<sup>23)</sup>, möchte ich im folgenden die Möglichkeiten einer, *konsum-zentriert* -keynesianischen Politik skizzieren.

Die Vorstellung, daß die Beschäftigung in einer Situation, wie wir sie gegenwärtig in der Bundesrepublik haben, nur auf Grund einer Steigerung der Investitionen wieder zunehmen könnte, ist absolut unzutreffend. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit könnte schon durch eine bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erreicht werden. Dafür wäre aber zunächst und vor allem nur eine *Steigerung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage* notwendig.<sup>24)</sup>

<sup>19)</sup> Über Arbeitslosigkeit in Polen und Jugoslawien siehe: Höhmann, H. H. (Hrsg.), Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung, Köln/Frankfurt 1977; Leipold, H., Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart 1976.

<sup>20)</sup> Siehe: Watrin, Ch. (Hrsg.), Struktur- und stabilitätspolitische Probleme in alternativen Wirtschaftssystemen, Berlin 1974

<sup>21)</sup> Siehe: Baisch u.a., a.a.O., S. 207f.; Novy/Zinn, K.G., Marketing und Bedarfsforschung in der Nicht-Marktkonömiik, in: Fischer-Winkelmann, W.F./Rock, R. (Hrsg.), Marketing und Gesellschaft, Wiesbaden 1977.

<sup>22)</sup> Erstens sind diese Entwürfe in Bezug auf die organisatorischen Details kaum ausgearbeitet und zweitens wird die Problematik einer nicht-marktmäßigen ökonomischen Willensbildung und Informationsgewinnung stark unterschätzt. Zur Kritik utopischer Gesellschaftsmodelle siehe: Popper, K. R., Das Elend des Historizismus, 4. Aufl., Tübingen 1974.

<sup>23)</sup> Gleichwohl sollte diese These in der oben angegebenen Weise getestet werden.

<sup>24)</sup> Die Vorstellung, daß Arbeitsplätze durch die Errichtung von Produktionsstätten ‚geschaffen‘ würden, ist einigermaßen vordergründig. Die Entstehung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen beruht in einer Marktwirtschaft letztendlich vor allem auf Nachfrage-Erwartungen und tatsächlicher Nachfrage.

<sup>25)</sup> Ich denke hier allerdings nur an Erweiterungsinvestitionen.

<sup>26)</sup> Dies ist eine logische Implikation der durchaus plausiblen Hypothese, daß positive Gewinn-Erwartungen eine notwendige Bedingung für die Realisierung von Erweiterungsinvestitionen seien.

<sup>27)</sup> Diese Korrektur sollte relativ, aber nicht unbedingt absolut redistributiv zugunsten der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sein.

<sup>28)</sup> Mit der in mehrfacher Hinsicht defekten ‚Theorie der Verbrauchspolitik‘ kann ich mich an dieser Stelle leider nicht kritisch auseinandersetzen.

<sup>29)</sup> insbesondere im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität

<sup>30)</sup> Keynes, J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 5. Aufl., Darmstadt 1974, S. 89-91

<sup>31)</sup> Keynes, J. M., a.a.O., S. 275.

Aus folgenden Gründen halte ich *den privaten Konsum* für die gegenwärtig wichtigste konjunktur-strategische Nachfrage-Variable:

- Notwendig für eine Steigerung der privaten Investitionen<sup>25)</sup> sind u.a. positive Erwartungen bezüglich der Entwicklung der übrigen Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage.<sup>26)</sup>
- Für eine Erhöhung der Staatsausgaben gibt es gegenwärtig aus sachlichen und politischen Gründen keinen großen Spielraum mehr.
- Mit einer wesentlichen Steigerung des Exports kann in der gegenwärtigen Situation kaum gerechnet werden, und eine ‚beggar-my-neighbour‘-Politik wäre auch nicht ratsam.

Unter diesen Prämissen erscheint eine Politik geboten, die dem privaten Konsum, dessen stetige Aufwärtsentwicklung 1972 ins Stocken geraten ist, längerfristig wieder bessere Entfaltungsmöglichkeiten schafft. Im einzelnen könnte man dabei etwa an folgende *Empfehlungen* denken:

- eine spürbare und dauerhafte Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer in Verbindung mit einer Tarif-Korrektur<sup>27)</sup>
- Abschaffung der öffentlichen Förderung bestimmter Sparformen (insbesondere Konten-Sparen und Sparen über private Lebensversicherungen)
- eine Erhöhung bestimmter Transfer-Zahlungen (z.B. Kindergeld)
- eine endgültige Sanierung der Rentenfinanzen
- eine gezielte öffentliche Förderung von aussichtsreichen Produkt-Innovationen
- eine Verstärkung der Lohnpolitik (weder ‚zurückhaltend‘ noch ‚expansiv‘)
- eine Informationspolitik, die der seit Jahren aus verschiedenen Richtungen betriebenen Konsumkritik und Konsumpädagogik<sup>28)</sup> entgegenwirkt und zur Eindämmung des modischen Zivilisationspessimismus beiträgt

Die Wirksamkeit und die potentiellen Nebenwirkungen<sup>29)</sup> einer ‚konsum-zentrierten‘ Beschäftigungspolitik mögen unterschiedlich beurteilt werden. Ich halte es jedoch für notwendig, die Bemühungen *in diese* Richtung zu konzentrieren, weil mir die Wahrheit der folgenden Passagen aus Keynes' ‚Allgemeiner Theorie‘ fast apriorisch gesichert erscheint: „Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind notwendigerweise durch die Größe der gesamten Nachfrage begrenzt. Die gesamte Nachfrage kann nur vom gegenwärtigen Verbrauch oder von der gegenwärtigen Vorsorge für zukünftigen Verbrauch kommen . . . Neue Kapitalinvestition kann die laufende Kapitaldisinvestition nur übersteigen, wenn eine Zunahme der *zukünftigen* Ausgabe für den Verbrauch erwartet wird. . . Wir werden an ‚Die Fabel von den Bienen‘ erinnert - die Fröhlichen von morgen sind unbedingt notwendig, um einen Daseinsgrund für die Ernsthafte von heute zu bieten . . . Das Hindernis für ein klares Verständnis ist in diesen Fällen ziemlich dasselbe wie in manchen akademischen Erörterungen über das Kapital, nämlich eine ungenügende Würdigung der Tatsache, daß das Kapital keine selbstgenügsame, vom Verbrauch unabhängige Wesenheit ist. Im Gegenteil, jede zur beständigen Gewohnheit werdende Schwächung des Hanges zum Verbrauch muß sowohl die Nachfrage für den Verbrauch als auch die Nachfrage für Kapital schwächen.“<sup>30)</sup> „Wenn es unmöglich ist, die Investition wesentlich zu vermehren, gibt es offensichtlich kein anderes Mittel als einen zunehmenden Verbrauch, um ein höheres Niveau der Beschäftigung zu sichern.“<sup>31)</sup>